

Stand: 02.05.2026 15:41:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23767

"Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23767 vom 18.09.2018
2. Beschluss des Plenums 17/23853 vom 18.09.2018
3. Plenarprotokoll Nr. 139 vom 18.09.2018



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12.09.2018, der den Europäischen Rat zur Einleitung eines Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn nach Art. 7 Vertrag über die Europäische Union (EUV) wegen der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, auffordert.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene sowie bei der österreichischen Ratspräsidentschaft für einen ehrlichen und klaren Dialog mit der Regierung von Victor Orbán zu den gemeinsamen europäischen Prinzipien über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzusetzen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung weiter auf, im eigenen Regierungshandeln sich stets von unseren Europäischen Werten, der Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, der Sicherung der individuellen Freiheit leiten zu lassen und bei allen bilateralen Beziehungen für die Achtung dieser Werte und der Rechte der Minderheiten einzutreten.

Begründung:

Der von der GRÜNEN-Berichterstatterin Judith Sargentini verfasste Bericht ist nüchterne Analyse der politischen Entwicklungen in Ungarn. Der Bericht bescheinigt der Regierung Orbán eindeutig Einschränkungen der Meinungs-, Forschungs- und Versammlungsfreiheit sowie eine Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems und das Vorgehen der Regierung gegen Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus werden in ihm Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten und Flüchtlingen aufgezählt sowie Korruption und Interessenkonflikte.

Europa basiert auf Werten, die universell sind: Achtung der Menschenwürde, Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit. Die europäischen Werte nehmen Schaden in einer Debatte, in der nationale Egoisten schwerer wiegen als das gemeinsame europäische Interesse. Wenn die Europäische Union ihre demokratischen Grundwerte verliert, verliert sie das, was sie ausmacht. Europa beruht auf dem Versprechen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten.

Bei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie darf es in Europa keine Kompromisse geben. Das Europaparlament zeigt klare Kante für Europas Grundwerte. Dem bedrohlichen Verfall von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Ungarn darf nicht mehr tatenlos zugeesehen werden. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist ein wichtiges Signal an die Demokraten und Europafreunde in Ungarn. Auch Bayern darf zum Abbau demokratischer Grundwerte, Ausgrenzung von Minderheiten, Antisemitismus wie Antiziganismus nicht schweigen!

Bayern liegt im Herzen Europas und muss ein vitales Interesse an einem starken Europa haben. Als Land, das viele zivilgesellschaftliche und kulturelle Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegt, als Wirtschaftsstandort, der vom Export seiner Güter lebt, als Heimat von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drs. 17/23767

Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Alex Dorow

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Georg Rosenthal

Abg. Katharina Schulze

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Georg Eisenreich

Abg. Christine Kamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Natascha Kohlen u. a. und Fraktion (SPD)

Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden! (Drs. 17/23751)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Dr. Franz Rieger u. a. und Fraktion (CSU)

Für ein gemeinsames Europa - Dialog statt Spaltung (Drs. 17/23766)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa (Drs. 17/23767)

Ich gebe an dieser Stelle bekannt, dass für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/23751 namentliche Abstimmung beantragt wurde, und eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rinderspacher. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In der vergangenen Woche hat im Europäischen Parlament eine historische Abstimmung stattgefunden. Eine Zweidrittelmehrheit stimmte letzte Woche für ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn wegen der Gefährdung von EU-Grundwerten, was im äußersten Fall zum Entzug der Stimmrechte Ungarns im Ministerrat führen könnte. Zwei Drittel der Abgeordneten des Europaparlaments, Sozialisten, Konservative, Liberale und Grüne, haben für demokratische Werte und für Rechtsstaatlichkeit gestimmt. Das hat politisches Gewicht, und das zeigt, dass Europa endlich Zähne gegenüber autoritären Regimen zeigt. Europa zeigt

auch auf, dass Viktor Orbán, der beste Freund der Christlich-Sozialen Union in Bayern, ein Mann ist, der sein demokratisches Mandat missbraucht, um eine illiberale Demokratie und einen undemokratischen Staat zu erschaffen. Das Regime von Viktor Orbán stellt eine Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn dar. So hat es das Europaparlament festgestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Umso erstaunlicher ist das Abstimmungsverhalten der bayerischen Europaabgeordneten der CSU mit Ausnahme von Herrn Weber. Die CSU-Abgeordneten sind bei dieser Abstimmung der europäischen Idee und auch dem wertekonservativen Vermächtnis ihrer eigenen Partei in den Rücken gefallen. Herr Ferber, Frau Niebler, Frau Hohlmeier und Herr Deß haben an der Seite von Rechtsradikalen und Europaverächtern für Viktor Orbán und gegen das Sanktionsverfahren gegen Ungarn gestimmt. Ein christsozialer Ausverkauf europäischer Werte ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei haben sich die vier christsozialen Europaabgeordneten nicht nur in die Nähe von Rechtsextremisten begeben, sondern sich gezielt an ihre Seite gestellt. Sie haben die Linie der konservativen Partei, der EVP, verlassen und mit den Abgeordneten des Front National, heute Rassemblement National, der PiS, der Lega Nord, der Ukip mit Herrn Farage und mit der rechtsradikalen Partei der Goldenen Morgenröte in Griechenland für Viktor Orbán gestimmt. Sie standen an der Seite des AfD-Chefs, Herrn Meuthen. Und unter jenen, die mit den CSU-Abgeordneten für Viktor Orbán gestimmt haben, war auch der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt, der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei in Deutschland von 1996 bis 2011.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das darf doch nicht wahr sein! Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Abstimmungsverhalten ist ein Tiefpunkt der politischen Kultur.

Wir fragen Sie: Warum verlassen Sie eigentlich die Linie Ihres möglichen Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019, Herrn Weber? Wir fragen Sie und wollen heute wissen: Welche Linie verfolgt die CSU bei der Positionierung der Bundesregierung im Europäischen Rat mit Blick auf diese ungarische Frage? Wir wollen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag heute die Gelegenheit geben, wenigstens eine kosmetische Korrektur des aus unserer Sicht völlig inakzeptablen, ja skandalösen Abstimmungsverhaltens der Kolleginnen und der Kollegen der CSU im EU-Parlament vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist heute der Lackmustest für die CSU. Wie halten Sie es mit Europa? Stehen Sie auf der Seite der Guten oder der Bösen? Stehen Sie auf der Seite der europäischen oder der nationalistischen Idee? Stehen Sie für Rechtsstaat, für Gewaltenteilung und für Pressefreiheit ein, oder stehen Sie für die Unterdrückung europäischer Grundwerte ein? Stehen Sie für das Vermächtnis eines Konrad Adenauer, eines Helmut Kohl oder eines Theo Waigel ein? Oder geben Sie dieses stolze wertkonservative, proeuropäische Erbe endgültig auf?

Uns ist bekannt, dass die CSU-Alleinregierung hier in Bayern mit keinem anderen europäischen Regierungschef häufigere und intensivere Kontakte gepflegt hat als mit Viktor Orbán. Uns ist bekannt, dass die CSU den ungarischen Ministerpräsidenten trotz seiner Verstöße gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit regelrecht hofiert hat, bei Empfängen im frühklassizistischen Prinz-Carl-Palais, in Wildbad Kreuth, beim CSU-Parteitag, bei Klausurtagungen, beim Geburtstag von Edmund Stoiber und anderen Gelegenheiten mehr.

Wir wissen, Viktor Orbán ist auch Träger des Franz Josef Strauß-Preises, der von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung an Persönlichkeiten verliehen wird, die – man höre und staune – sich in herausragender Weise für Frieden, Freiheit und Recht, für Demokratie und internationale Verständigung einsetzen. – Meine Damen und Herren, wenn

Sie es ein Stück weit ernst meinen mit Ihrer proeuropäischen Grundhaltung, dann sollten Sie Viktor Orbán diesen Franz Josef Strauß-Preis dringend aberkennen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Spätestens jetzt, wenn die CSU die Linie der EVP im Europaparlament verlässt, muss man sich doch wirklich fragen, ob hier nicht dringend eine Kurskorrektur nötig ist, auch mit Blick auf die irrlichternden europäischen Fahrten der CSU in vielen Bereichen. Immer wieder hat sich die CSU-Alleinregierung in Bayern in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas begeben.

Es gehört zu den unrühmlichen Kapiteln der Brexit-Geschichte, dass der britische Premierminister David Cameron für seine europapolitische Geisterfahrt auch noch Applaus aus Bayern erhielt, von der CSU. Die CSU-Alleinregierung und die Landtagsfraktion haben David Cameron noch ein halbes Jahr vor dem Brexit-Referendum bei der CSU-Klausurtagung den roten Teppich ausgerollt. Wir erinnern uns an die Formulierungen: Das sei CSU-Politik pur. Man hofiert einen Europazerstörer und bezeichnet die Politik von Cameron gar als Vorbild für Bayern, als Vorbild für die CSU.

Anstatt diese Zündeleien zu kritisieren und Cameron ins Gewissen zu reden, hat sich die CSU damals die europakritische Haltung Camerons zu eigen gemacht und ihn für dessen Drohgebärden gegen die EU über den grünen Klee gelobt. Das war ein mehr als zweifelhaftes Signal. Und es ist geschichtsvergessen, wenn die CSU hier im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung immer wieder antieuropäische Symbolanleihen bei nationalkonservativen Rechtspopulisten nimmt. Sie betreiben eine Politik der Renationalisierung unseres Kontinents. Das ist schädlich und grundfalsch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sagen, es ist falsch, dass die EVP nicht deutlich früher ein Zeichen gegen Viktor Orbán gesetzt hat. Man war offensichtlich der Meinung, man könne ihn eindämmen und einhegen. Aber der Antieuropäer Orbán und seine Gefolgsleute dürfen nicht dar-

auf vertrauen, dass die europäische Wertegemeinschaft weiter beide Augen vor den illiberalen und demokratiefeindlichen Missständen verschließt. Die Einschränkungen der Meinungs-, der Versammlungs- und Forschungsfreiheit in Ungarn sind nicht hinnehmbar, ebenso wenig wie die Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems. Das Vorgehen des Orbán-Regimes gegen Nichtregierungsorganisationen ist ebenso kritikwürdig, wie es die Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten sind. Die Berichte über die in Ungarn stattfindende Korruption der Herrschaftsclique sind regelrecht besorgniserregend. Es ist an der Zeit, auch hier und heute im Bayerischen Landtag ein Zeichen für die europäischen Grundwerte zu setzen. Wechseln Sie Ihren Kurs, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei geht es nicht darum, Ungarn zu bestrafen. Das ist auch nicht Sinn und Zweck des Sanktionsverfahrens, des Rechtsstaatsverfahrens. Der Sinn ist vielmehr, den Dialog mit Ungarn fortzusetzen und sicherzustellen, dass Ungarn Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wahrt. Es geht darum, das autoritäre, antidemokratische Abdriften zu stoppen und Ungarn zurück in die europäische Familie zu holen, die eben auf Werten basiert wie Freiheit, Respekt vor Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Es gibt in Europa leider keine Mechanismen gegen das autoritäre Abdriften eines Mitgliedslandes. Die Gründer der EU haben dafür kein Szenario entwickelt, weil sie sich nicht haben vorstellen können, dass Mitgliedsländer der Europäischen Union die Grundwerte irgendwann verlassen würden. Aber ich finde, wir bzw. gerade Sie müssen Ihren Freunden in Ungarn doch mal erklären, dass Ungarn die höchste Pro-Kopf-Unterstützung in der gesamten Europäischen Union erhält; etwa 30 Milliarden Euro sind in etwa sieben Jahren aus dem EU-Haushalt nach Ungarn geflossen. Die Förderungen entsprechen jährlich fast viereinhalb Prozent des ungarischen Bruttoinlandsprodukts. Die Ungarn hätten überhaupt kein Wirtschaftswachstum ohne die Hilfe aus Brüssel. Keines der 27 EU-Mitgliedsländer profitiert in dieser Hinsicht mehr als die Ungarn selbst. Da wäre es Ihre Aufgabe, den Kolleginnen und Kollegen der Fidesz mal deutlich ins

Stammbuch zu schreiben, dass es wirklich völlig fehl am Platz ist, immer auf Brüssel zu schimpfen, obwohl kein anderes Land stärker von Brüssel profitiert als Ungarn selbst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir bringen dies heute im Bayerischen Landtag natürlich auch deshalb zur Aussprache, weil dies ein Zeichen für die Landtagswahl am 14. Oktober ist. Bayern steht vor der Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber Europa? Soll sich Bayern rückwärtsgerichtet, europafeindlich, europakritisch und autoritär entwickeln, so wie Sie es offensichtlich an der Seite der Orbáns dieser Welt vor Augen haben, oder entwickeln wir uns solidarisch, gerecht und freiheitlich, so wie es eigentlich unser gemeinsames Anliegen sein müsste? – Mit diesen Fragestellungen müssen wir uns dringend auseinandersetzen. Deshalb sagen wir Ihnen: Stimmen Sie heute bitte für den SPD-Antrag, bekennen Sie sich zu Europa, und machen Sie einen klaren Schnitt mit Ihrer verfehlten Politik gegenüber Viktor Orbán im Ungarn der vergangenen Jahre!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gute Rede!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. – Nächster Redner ist der Kollege Dorow. Bitte schön, Herr Dorow.

Alex Dorow (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche hat das Europäische Parlament in der Tat über die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union abgestimmt. Dieses Verfahren richtet sich gegen das EU-Mitglied Ungarn. Der Vorwurf – Kollege Rinderspacher, Sie haben es richtig gesagt –: Verstöße gegen die Grundwerte der Europäischen Union. Die Parlamentsmehrheit kritisiert dabei – wir wollen einmal versuchen, das einzuordnen –, dass die ungarische Regierung unter anderem die Unabhängigkeit des Justizwesens, die Meinungsfreiheit und die Minderheitenrechte gefährden würde und zudem korrupt sei. 448 Abgeordnete

stimmten für die Einleitung des Verfahrens; 197 Abgeordnete stimmten gegen die Einleitung des Verfahrens; 48 enthielten sich.

Ergänzen kann man noch, dass dieses Verfahren mehrstufig ist und zuletzt das Resultat haben könnte, dass Ungarn nicht mehr stimmberechtigt wäre. Ergänzen können wir auch, dass bereits im Dezember 2017 ein Artikel-7-Verfahren gegen Polen eröffnet wurde. Erinnern Sie sich? – Polen wurde vorgeworfen, die Gewaltenteilung abgeschafft zu haben. Das Verfahren läuft noch, und eine Entscheidung des Rates steht noch aus.

Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, Kollege Rinderspacher, dass wir uns im Nachgang der Abstimmung zur Einleitung des Verfahrens gegen Polen hier im Plenum nochmals dazu geäußert hätten. Da frage ich mich schon, warum man nun Ungarn und damit direkt vor dem Wahlkampf die CSU an den Pranger zu stellen versucht und dabei eine Antirechtsstaatlichkeit und einen Rechtsradikalismus behauptet, der nun wahrlich bei uns nicht gegeben ist. Das hat natürlich nichts damit zu tun, dass wir uns im Wahlkampfendspurt befinden; ich unterstelle das jetzt mal nicht. Die europäische Parlamentsmehrheit hat nun mal entschieden: Das Verfahren wird anlaufen.

Ich möchte jetzt nicht weiter auf die Fragen eingehen, wo da noch Zweifel über das Abstimmungsverhalten bestehen; das sind letztlich Zählstreite. Darüber möchte ich jetzt nicht weiter sprechen, weil ich glaube, es ist nicht relevant für das Ergebnis. Der Dissens, Kollege Rinderspacher, den wir haben, dreht sich doch nicht darum, dass gemeinsame Werte nicht anerkannt oder einzuhalten wären. Er besteht vielmehr darin, wie wir in Europa bei Zweifeln miteinander umgehen. Und weil es darüber Zweifel gibt, ist aus gutem Grund die Abstimmung bei der EVP freigegeben worden. Jemandem, der dagegen stimmt, automatisch zu unterstellen, dass er sich an die Seite der Rechtsradikalen stellt, das, so meine ich, ist dem Wahlkampf geschuldet.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Nein, es hat auch andere gegeben. Entschuldigung, es waren nicht nur Einzelne der EVP-Fraktion, sondern es gab auch viele andere.

Meine Damen, meine Herren, ich stelle hiermit fest: Sie haben von einem "Lackmusktest" gesprochen. Ich gehe einmal darauf ein, obwohl ich meine, dass wir nicht über jedes Stöckchen springen müssen. Wir sind – ja, ich bekenne mich dazu – überzeugte Europäer. Wir schätzen das, was uns der Zusammenschluss in der Europäischen Union gebracht hat, sehr hoch ein: dieses Friedensprojekt. Die ersten Schritte wurden bereits gemacht, als sich die Systeme der unterschiedlichen Staaten noch feindselig gegenüberstanden, also sehr früh, in den Nachwirkungen des Krieges und nachdem viele Deutschstämmige auch aus unseren Nachbarländern vertrieben wurden. Hier gibt es auf beiden Seiten immer noch offene Wunden.

Trotzdem stehen wir hier – ich bekenne mich ausdrücklich dazu – und setzen uns dafür ein, dass wir an einer gemeinsamen Zukunft mit gemeinsamen Werten arbeiten, dass wir die großen Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, gemeinsam bewältigen. Aber jedes Land, jede Regierung, ist zunächst den eigenen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich. Wir müssen die Sorgen und Ängste der jeweiligen Bevölkerung ernst nehmen. Man darf diese nicht schüren, aber man muss sie ernst nehmen und entsprechende Lösungen erarbeiten.

Es gibt Herausforderungen – das wird auch den Ungarn klarzumachen sein, damit bin ich bei Ihnen –, die ein Land allein nicht bewältigen kann. Es gibt einige Verbesserungen, die man nur über die Staatsgrenzen hinweg realisieren kann: Die Asylpolitik ist eine Herausforderung, aber auch der Umweltschutz und die Sicherheitspolitik im Gesamten. Einer allein kann hierbei nur wenig bewirken. Gemeinsam kann man weitere Verbesserungen erzielen. Das steht fest.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, ist es für uns wichtig, an einem Miteinander festzuhalten und dieses Miteinander noch mehr zu verstärken. Die EU ist doch nicht nur ein einzigartiges Friedensprojekt oder eine Wirtschaftsgemeinschaft, weil das ir-

gendwo gesetzlich festgeschrieben ist, sie ist doch nicht nur eine Wertegemeinschaft, weil wir das hier im Parlament – im bayerischen noch dazu – einfach so mal behaupten, nein, in dieser Wertegemeinschaft müssen wir daran arbeiten, das Vertrauen untereinander zu verbessern, respektvoll miteinander umzugehen und nicht zusätzlich einen Keil hineinzutreiben.

Es ist unsere Pflicht, gegen eine Spaltung anzukämpfen. Wenn wir einzelne Staaten an den Pranger stellen, dann sei dahingestellt, ob diese sich nicht noch weiter von uns entfernen. Die Ankündigung Ungarns, Maßnahmen gegen Polen mit einem Veto zu blockieren, zeigen bereits die ersten Auswirkungen einer solchen Politik. Das betrifft die Visegrád-Staaten ganz allgemein in dieser Tendenz.

Es gab einmal einen Begriff, der hieß "Wandel durch Annäherung". Sie erinnern sich sicherlich. Er stammte von der SPD. Wer hat diese Formel als Erstes verfolgt und vortragen? – Einige von uns waren damals dagegen, aber – das gestehe ich gern zu – es hat sich nachträglich als richtig erwiesen. Mit Annäherung, meine ich, kommen wir auch heute weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir kommen weiter als mit einer weiteren Spaltung. Wir wollen keinen unserer europäischen Partner an den Pranger stellen, wenn es nicht nötig ist.

(Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD), Florian von Brunn (SPD) und Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir wollen, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setzt und die Probleme und Herausforderungen offen anspricht und an Lösungen arbeitet. Es ist wichtig, Herr von Brunn, dass man miteinander redet und nicht übereinander.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir appellieren ganz deutlich – auch heute noch einmal – an alle politisch Verantwortlichen in Europa – natürlich auch an Ungarn –, die Grundwerte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, auf denen das gemeinsame Europa fußt, zu respektieren. Diese Grundwerte sind nicht nur zu respektieren, sondern es ist wichtig, sich weiterhin aktiv dafür einzusetzen.

Die europäischen Mitgliedstaaten müssen zusammenstehen und gemeinsam Antworten auf diese drängenden Fragen entwickeln und Lösungen umsetzen. Wie sonst soll die EU die Menschen in Europa erreichen? Nur gemeinsam funktionierende Lösungen können die Menschen von der Europäischen Union überzeugen und europafeindlichem Populismus entgegenwirken.

Wir können auch, meine Damen, meine Herren, Egoismen nicht durch nationalen Aktivismus bekämpfen. Mögliche Verletzungen der Werte der EU können wir nicht bekämpfen, indem wir uns von den Ländern weiter entfernen. Ein Beispiel: Der Bund der Vertriebenen hat in diesem Jahr den Leitspruch "Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen". Wenn diejenigen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden und ihr Eigentum verloren haben, denen Gewalt angetan wurde, davon sprechen, dass wir Europa zusammenführen müssen, dann müssen wir uns das erst recht auf unsere Fahnen schreiben.

(Beifall bei der CSU)

Beratung und Entscheidung über das Verfahren nach Artikel 7 liegen jetzt beim Rat der Mitgliedstaaten. Es ist nun Aufgabe der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, das Verfahren in beiden Angelegenheiten, also Polen und Ungarn, weiter zu begleiten.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Ja, Sie sagen es! Ich bin froh, dass in dieser schwierigen Zeit Österreich den Ratsvorsitz hat. Sebastian Kurz mag der jüngste Regierungschef in der EU sein, doch behält er einen kühlen Kopf, und er ist ein Brückenbauer.

Wir werden den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN nicht zustimmen; denn wir wollen keine weiteren Brücken einreißen, sondern an einem besseren Miteinander arbeiten und nicht gegen, sondern mit den zuständigen Kräften in Polen und in Ungarn den Dialog führen und keine Spaltung bewirken.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Dorow, Sie haben uns Europa vorgestellt und wärmstens empfohlen. Aber das ist nicht das Thema. Mein Fraktionsvorsitzender hat sehr deutlich herausgearbeitet, dass einer, Herr MdEP Weber, sich um das Spitzenamt in Europa bewirbt und die CSU-Abgeordneten der Fraktion dem EVP-Vorsitzenden Weber, dem Bewerber um das Spitzenamt an dieser Stelle, an einer entscheidenden Stelle in Europa nicht folgen möchte. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das von Ihnen, der CSU, lernen. Ich erinnere an den Europa-Wahlkampf, wie die CSU-Fraktion auf beiden Ebenen für und wider argumentiert und strategisch lamentiert hat.

Ich frage mich: Wie möchte einer das Spitzenamt anstreben, bei dem er die Stimmen von Europa-Parlamentariern aus anderen Fraktionen benötigt, wenn er so verstörende Signale seiner eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen in Europa erhält? Das ist das eigentliche Thema, dass wir die Regierung Orbán, die Europa in den zentralen Fakten, in den zentralen Vertragskulturen wissentlich und willentlich beschädigt, nicht gemeinsam zur Rechenschaft ziehen können. Das ist der Kern, über den wir uns unterhalten müssen.

Es hat mich außerordentlich irritiert, dass sich Herr Weber, den ich sehr schätze, weil er ein klarer, bekennder Europäer ist, sich an dieser Stelle noch nicht einmal in seiner eigenen Fraktion hundertprozentige Zustimmung erarbeiten kann. Das ist das, worüber wir hier in diesem Landtag gemeinsam reden müssen. Wie wollen wir gemeinsam einen Wahlkampf für Europa führen – so habe ich Sie eben verstanden –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Georg Rosenthal (SPD): – wenn wir noch nicht einmal diese Signale senden?

(Beifall bei der SPD)

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege Rosenthal, ich akzeptiere, dass Sie Ihre Ausführungen als das Thema sehen, über das wir hier sprechen müssen. Das ist aber nicht der Gegenstand der Anträge. Gegenstand der Anträge ist, wie wir mit den Entscheidungen des Europäischen Parlaments umgehen – die nicht infrage zu stellen sind – und wie wir diese in ihrer Wirksamkeit bewerten.

Ich habe es bereits in meinem Redebeitrag gesagt: Es ist nicht ohne Grund, dass das Abstimmungsverhalten in der EVP freigegeben worden ist; und zwar nicht, weil es einen Dissens über die Werte gibt, sondern weil es einen Dissens darüber gibt, ob das eine oder das andere hilfreicher ist. Diesem Dissens in demokratischer Art und Weise nachzugehen, das ist weder irrlchternd noch verstörend, zumindest nicht nach meinem Verständnis, sondern es ist Zeichen einer demokratischen Grundhaltung. Ich bin sehr, sehr froh, dass das in der EVP-Fraktion ebenso möglich ist wie hier im Haus.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern liegt im Herzen von Europa. Ganz viele Bayerinnen und Bayern tragen Europa

auch in ihrem Herzen. Warum? – Weil Europa ein großartiges Friedensprojekt ist, welches wir gerade in der heutigen Zeit hegen und pflegen müssen. Wir haben eine starke Exportindustrie, und gerade unsere bayerische Wirtschaft profitiert von einem vereinigten Europa. Vor allem aber, weil Bayern schon immer weltoffen und proeuropäisch war. Wir leben doch davon, wir sind doch davon stark geworden, dass wir schon immer Austausch hatten, dass wir miteinander gearbeitet haben, dass wir ein Einwanderungsland sind, dass wir hier in Bayern leben und leben lassen. All das hat Bayern zu einem starken Land gemacht, zu einem lebenswerten Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es gibt einen schönen Spruch, der heißt: Zeig mir deine Freunde, und ich sage dir, wer du bist.

(Unruhe bei der CSU)

Angesichts dessen muss ich Ihnen zurufen: Sie haben sich Ihre Freunde nicht sonderlich gut ausgesucht. Sie treffen sich immer gerne mit Viktor Orbán, mit Sebastian Kurz oder auch mit Herrn Salvini aus Italien, dem Menschenfänger, der immer gern auf der nationalistischen Blockflöte spielt.

(Unruhe bei der CSU)

Es muss Ihnen doch klar sein, dass Sie mit solchen Treffen immer ein Zeichen setzen. Sie tun es bewusst, wenn Sie Viktor Orbán regelmäßig zu Ihren Klausuren einladen. Damit senden Sie ein Zeichen, und das wollen Sie bewusst machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Von einer Bayerischen Staatsregierung erwarte ich, dass sie sich mit Europafreunden und -freundinnen umgibt. Ich erwarte von einer Bayerischen Staatsregierung, dass sie die Stärkung Europa vorantreibt, nicht die Spaltung befeuert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Genau das machen Sie aber als CSU, wenn Ministerpräsident Markus Söder vom Ende des geordneten Multilateralismus spricht. Sie sägen an dem Europa der offenen Binnengrenzen, wenn Sie voller Stolz eine eigene Bayerische Grenzpolizei einsetzen. Sie stehen eben nicht für die europäischen Werte, wenn von Ihrer CSU-Gruppe im EU-Parlament vier von fünf Abgeordneten gegen die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn stimmen. Herr Kollege Dorow, ich muss Ihnen eine Frage stellen zu dem, was Sie gerade hier gesagt haben. Sie stehen hier vorn und sprechen groß von Respekt und davon, dass wir uns jetzt Ungarn annähern müssten. Es ist aber doch genau andersherum: Ungarn hat sich vom demokratischen Wertefundament entfernt. Sie sind doch immer die Law-and-Order-Partei und sagen, der Rechtsstaat und die Gesetze, die müssen gelten. In diesem Fall aber sagen Sie: Ach nein, hier soll die EU lieber nichts machen. Reden wir lieber noch fünfmal miteinander. – Obwohl Sie das doch angeblich ständig tun. Sie scheinen es dabei aber nicht zu schaffen, Ungarn zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss feststellen, das zeigt deutlich die Zerrissenheit innerhalb der CSU. Einmal blinken Sie pro Europa, dann blinken Sie wieder gegen Europa. Der eine weiß nicht mehr, was der andere tut. Dann haben wir die Situation, die wir auch heute hier haben. Sie legen einen schön klingenden Antrag vor, in dem Sie davon reden, wie wichtig Dialog, Solidarität und ein gemeinsames Europa sind. Das zeigt Ihre gesamte Widersprüchlichkeit. Auf der einen Seite hofieren Sie die Orbáns und Co., auf der anderen Seite sagen Sie: Pro Europa ist das, was wir haben möchten. Das ist es doch, was die Menschen heutzutage nicht mehr verstehen. Sie sägen buchstäblich am Stuhlbein von Europa, im nächsten Moment aber legen Sie ein Kissen auf den Stuhl und sagen: Eigentlich finden wir es doch ganz toll. Ich kann Ihnen nur sagen, in der heutigen Zeit brauchen wir eine klare Haltung in der Politik. Vor allem brauchen wir eine klare proeuropäische Haltung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2018 müssten doch alle Europäerinnen und Europäer endlich verstanden haben, dass wir die großen Herausforderungen der heutigen Zeit, von der Bekämpfung der Klimakrise über den internationalen Terrorismus bis zu den Herausforderungen in der Frage, wie wir mit Migration und Integration umgehen, nur gemeinsam lösen können.

Ich bin jetzt 33 Jahre alt. Ich kenne Europa nur als Friedensprojekt. Ich kenne das vereinigte Europa nur so, dass ich in andere Länder fahren kann, dort leben, dort arbeiten oder auch eine Ausbildung machen könnte. Ich kann dort studieren, in Urlaub fahren, und das alles ohne Grenzkontrollen und Schlagbäume. Ich glaube, mir geht es so wie ganz vielen anderen Menschen in unserem Land. Sie alle machen sich große Sorgen. Sie machen sich Sorgen darüber, dass diese Errungenschaft, dass dieses Geschenk, das wir von unseren Eltern und Großeltern nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg bekommen haben, gerade kaputtgemacht wird, und zwar von Menschen außerhalb, aber auch innerhalb Deutschlands. Das ist aber grob fahrlässig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß genauso gut wie Sie, dass Europa sich derzeit in einer ganz schwierigen Situation befindet. Eine europäische Einigung ist ganz bestimmt nicht leicht. Gerade im Moment streiten sich die Mitgliedstaaten ständig über den richtigen Weg, wie wir in Europa weitergehen wollen. Die Lösung kann aber doch nicht sein, dass ich mich auf die Seite derer schlage, die kein großes Interesse an einem Europe United haben. In der momentanen Situation können wir doch nicht daran glauben, dass ein "Bavaria first" oder ein "Germany first" auch nur irgendetwas hilft. Im Jahr 2018 erwarte ich, dass wir, die Proeuropäerinnen und Proeuropäer, zusammenstehen, dass wir Europa nach vorn bringen, dass wir die Menschen unterstützen, die für Europa sind, und zwar in Deutschland wie auch in anderen Ländern. Ich erwarte, dass wir den Austausch verstärken. Ich erwarte, dass wir Europa demokratischer machen, und ich erwarte, dass wir Europa gerechter und nachhaltiger machen. Wir müssen doch eine positive Idee davon vermitteln, warum Europa großartig ist, dass Europa unsere Zukunft ist.

Das können aber nicht nur wir GRÜNEN machen, das kann auch nicht die SPD alleine machen oder die FREIEN WÄHLER. Dafür brauchen wir alle Demokratinnen und Demokraten. Solche Entscheidungen wie die, die jetzt im Europaparlament gefallen ist, sind grob fahrlässig. Herr Kollege Dorow, Sie brauchen gar nicht den Kopf schütteln und irgendetwas von Respekt sagen oder davon, dass man sich das einmal anschauen müsste. Die Frage ist doch: Was für ein Symbol senden wir aus? – Dazu kann ich nur klar sagen: Wir GRÜNEN stehen an der Seite aller Proeuropäerinnen und Proeuropäer. Wir laden selbst Sie ein, wieder auf diese Seite zu kommen und gemeinsam mit uns für ein vereinigtes Europa zu kämpfen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, man kann die ganze Debatte auf einen einzigen Satz herunterbrechen: Wir hier in Bayern, wir brauchen Europa, und Europa braucht uns. – Das sollte die Maßgabe sein.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich setze mich persönlich seit mehr als drei Jahrzehnten für Europa ein. Ich habe das beruflich über mehr als zwei Jahrzehnte gemacht. Es liegt mir sehr am Herzen, dass wir zu Europa stehen und dass wir die Rechtsstaatlichkeit einhalten und uns dafür einsetzen. Das ist auch die Position der FREIEN WÄHLER. Wir halten es deshalb für richtig, dass es diese intensiven Diskussionen seit vielen Jahren im Europäischen Parlament gibt. Ich habe es mir angesehen. Seit 2011 wird über Ungarn, aber auch über Polen und über andere Länder im Europäischen Parlament geredet, und zwar intensiv geredet. Es gab sieben Entschlüsse zu diesem Thema. Es wurde mehrere Hundert Stunden im Europäischen Parlament zu dieser Thematik geredet. Ich sage ganz deutlich: Dieses Europäische Parla-

ment ist demokratisch legitimiert. Ich vertraue dem Europäischen Parlament, dass es solche Dinge regeln kann.

Ich finde es natürlich sinnvoll, dass wir auch im Landtag dieses Thema aufnehmen. Allerdings stellt sich schon die Frage, ob wir als Bayerischer Landtag drei Wochen vor der Landtagswahl dieses Thema an die Spitze der Debatte setzen. Das frage ich auch die SPD. Gibt es nicht noch andere zusätzliche Themen? – Natürlich ist Europa wichtig, und ich begrüße jedes der Bekenntnisse. Ich habe es auch so aufgefasst, dass alle vier Fraktionen in diesem Landtag zu Europa stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Diese Frage muss ich hier aber schon stellen. Ich möchte es kurz machen: Wir FREIEN WÄHLER wollen jetzt über kostenfreie Kitas reden, über Familien, über Bildung und Verkehr.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das könnt ihr doch!)

Wir wollen über die Dinge sprechen, über die wir hier im Landtag entscheiden können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Für diese Dinge sind wir gewählt, und für diese Dinge werden wir in drei Wochen gewählt.

Deshalb halte ich es bewusst kurz und sage: Wir stehen hinter Europa, und wir stehen hinter dem Europäischen Parlament. Wir glauben, dass das Europäische Parlament gute Debatten geführt hat und dass das Europäische Parlament in der Verantwortung steht, die Rechtsstaatlichkeit in Europa hochzuhalten. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugte Europäer. Wir werden für ein einheitliches Europa kämpfen. Das ist das Erbe, das wir seit mehreren Jahrzehnten mit uns tragen und das uns bewegt. Da wird es kein Rütteln und Zaudern geben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Eisenreich.

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einigen Feststellungen beginnen, damit das keine ewige Debatte zu einem Thema wird, für das wir nicht zuständig sind.

Erstens. Es ist Wahlkampf, und es ist in Ordnung, in Wahlkampfzeiten Wahlkampf zu führen. Das ist okay.

Zweitens. Artikel 2 des EU-Vertrages nennt eine Reihe von Werten, auf denen sich die Europäische Union gründet: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese europäischen Werte sind verbindlich und für uns nicht verhandelbar. Hier kann es keine Kompromisse geben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Drittens. Die Bayerische Staatsregierung lehnt eine Renationalisierung ab.

Viertens. Die EU ist ein großartiges Friedens- und Freiheitsprojekt. Wir haben an dieser Stelle schon öfter darüber geredet. Deutschland und der Freistaat Bayern, der tatsächlich auch geografisch der Mittelpunkt der EU ist, im Übrigen auch nach dem Brexit, profitieren in besonderer Weise. Deswegen steht die Bayerische Staatsregierung zur Europäischen Union. Deswegen fand eine der ersten Sitzungen des neuen bayerischen Kabinetts unter Ministerpräsident Markus Söder in Brüssel statt, um dies klarzumachen. Wir wollen Europa mitgestalten, aber wir erlauben uns, auf Fehlentwicklungen und Versäumnisse hinzuweisen, weil wir ein besseres Europa wollen, unter anderem ein Europa der Regionen, in dem der Subsidiaritätsgrundsatz geachtet wird.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens, zu der Aussage des Ministerpräsidenten zum Multilateralismus. Dankenswerterweise hat bereits im Juli ein Kollege von der SPD, der Kollege Taşdelen, genau dazu eine Anfrage gestellt, weil er eine Antwort der Bayerischen Staatsregierung wollte. Ich lese die jetzt einfach vor, um die Vorwürfe ausräumen zu können. Ich lese die Antwort der Bayerischen Staatskanzlei wörtlich vor und stelle den Text dann gerne zur Verfügung. Das war eine Anfrage zum Plenum:

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich kenne das! Das war sehr unbefriedigend, Herr Staatsminister!)

Bei der Aussage handelte [es] sich um eine Tatsachenfeststellung und Bestandsaufnahme der aktuellen Realität. Bereits seit längerem ist zu beobachten, dass die Kraft internationaler Gremien und Institutionen zur Bewältigung dringender internationaler Herausforderungen nachlässt. Dies hat sich etwa beim Dissens über die Abschlusserklärung des jüngsten G7-Gipfels in Kanada gezeigt.

Jetzt der Satz:

Multilateralismus ist und bleibt daher Wunsch und Ziel der Staatsregierung, entspricht derzeit leider aber nicht immer der Realität.

Es war eine Bestandsaufnahme, keine politische Zielbestimmung. Ich hoffe, dass mit dieser Erklärung, die schon im Juli schriftlich abgegeben worden ist, diese Vorwürfe entkräftet sind.

Sechstens. Die Abstimmung in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments war freigegeben, wie der Kollege Dorow richtig angemerkt hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wegen Fidesz!)

Wenn ich ganz am Rande darauf hinweisen darf: Auch zwei Sozialdemokraten haben dieser Einleitung des Verfahrens nicht zugestimmt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sozialisten aus Rumänien! Bei denen sind wir genauso kritisch!)

Das nur mal am Rande. Es ist nur eine Feststellung. Damit kann jetzt jeder machen, was er möchte. Ich sage das nur, damit man diesem Thema etwas breiteren Raum gibt.

Jetzt komme ich zu der Bewertung. Wenn das Europäische Parlament der Auffassung ist, dass in einem Mitgliedstaat die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung dieser Werte besteht, die ich vorher genannt habe, dann gilt es selbstverständlich, diese Bedenken zu prüfen und auszuräumen. Das ist übrigens auch im Interesse des betroffenen Mitgliedstaats bzw., nachdem es zwei sind, der betreffenden Mitgliedstaaten. Ob die Vorwürfe des Berichts an das Europäische Parlament im Falle Ungarns zutreffen oder nicht, kann und sollte vom Bayerischen Landtag zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Es ist – ich möchte das klarstellen – ein Antrag auf Feststellung. Es ist nicht die Feststellung. Es ist ein Antrag.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie verhält sich die CSU in der Bundesregierung, Herr Minister? – Thomas Kreuzer (CSU): Erst mal prüfen, Herr Rinderspacher!)

Es ist daher zu prüfen. Es ist die Aufgabe des Verfahrens nach Artikel 7, die Sachlage entsprechend zu prüfen. In diesem Rahmen wird auch mit Ungarn gesprochen, nicht über Ungarn. Das ist auch richtig so. Wir sollten uns als Parlament hüten, hier über andere Staaten zu Gericht zu sitzen, wenn ich das anmerken darf.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber bei der Türkei fällt Ihnen das nicht so schwer!)

Ein respektvoller Umgang miteinander, ein respektvoller Umgang mit Nachbarn, ein respektvoller Umgang mit Partnern in der Europäischen Union ohne politische Belehrungen sollte gerade für Bayern und Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein. Das würde ich dringend erbitten. Auch mit Blick auf das bevorstehende Europäische

Jahr – nächstes Jahr sind Europawahlen – kann ich nur davor warnen, die Welt in gute Europäer und in schlechte Europäer einzuteilen. Wer das macht, betreibt die Spaltung Europas. Genau das brauchen wir nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Die Nationalisten betreiben die Spaltung Europas!)

Im Gegenteil – und darin sehen auch wir als Bayerische Staatsregierung für den Freistaat Bayern unsere besondere Pflicht – ist es gerade jetzt unsere Aufgabe, Brücken zu bauen, und genau das möchten wir tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Um Europa gut nach vorne zu bringen, müssen wir auch Minderheitenrechte achten.

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Das habe ich gemacht.

Christine Kamm (GRÜNE): Da würde mich interessieren: Was haben Sie, nachdem Sie in so engen Beziehungen zu Orbán und zur ungarischen Regierung stehen, in den letzten Jahren in Bezug auf die Achtung von Minderheitenrechten und Menschenrechten getan? Ungarn steht wie kein anderes Land in Europa für massiven Antisemitismus und für massiven Antiziganismus. Es ist wirklich schlimm, was mit den Menschen dort passiert, deren Rechte immer weiter abgebaut werden.

(Zuruf von der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Natürlich stimmt das! Schaut euch die Soros-Kampagne an!)

Es gehört zur Einigung Europas, dass man alle Menschen in Europa eint und nicht zulässt, dass ein Land Minderheiten derart ausgrenzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Wir haben zu dem Thema eine glasklare Haltung. Die Bayerische Staatsregierung lehnt Antisemitismus und Antiziganismus klar ab. Es gibt viele, die sich hier einsetzen, zum Beispiel der Kollege Charly Freller als Vorsitzender der Stiftung Bayerische Gedenkstätten. Unsere Haltung ist auch dadurch dokumentiert, dass es einen Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung gibt, nämlich unseren langjährigen Kultusminister, um dieser Aufgabe besonderen Nachdruck zu verleihen. Wir haben hier wirklich eine ganz klare Haltung. Ich habe es vorher gesagt: Die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gehört zu den Werten Europas. Es ist Aufgabe, im Rahmen dieses Verfahrens zu prüfen, ob hier Verletzungen vorliegen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Was haben Sie zu Orbán zu sagen?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor ich aber in die Abstimmung eintrete und die Anträge dazu wieder trenne, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 133 Absatz 1 eine Erklärung zur Abstimmung angekündigt. Ich bitte Frau Gote zum Rednerpult. Fünf Minuten.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz begründen, warum wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der CSU gleich ablehnen werden. Der Antrag trägt die Überschrift "Für ein gemeinsames Europa – Dialog statt Spaltung" und suggeriert damit, dass das, was das Europaparlament beschlossen hat, die Spaltung bedeutet und der Dialog aufseiten derer ist, die das Verfahren abgelehnt haben. Das ist natürlich genau das Gegenteil von dem, was passiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Antrag verschleiert in seiner Wortwahl ganz bewusst die eben hier vorgeführte und auch mehrfach von Rednern der CSU gehörte Haltung der CSU. Er verschleiert diese Haltung durch die Wortwahl.

Der respektvolle Umgang mit den Mitgliedern der Europäischen Union, den der Minister eben eingefordert hat, kann nur auf der Basis des gemeinsamen Wertekanons und auf der Basis des gemeinsamen europäischen Rechts erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das, haben wir eben gehört, lehnen Sie ab. Sie lehnen es ab, und das haben Ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament mit vier von fünf Abgeordneten abgelehnt. Deshalb halten wir den Antrag für eine Verschleierung Ihrer eigentlichen Haltung und eine Irreführung der Wählerinnen und Wähler und lehnen ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Wir treten nun in die Abstimmung ein. Ich lasse zunächst über die Dringlichkeitsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einfacher Form abstimmen. Danach folgt die namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23766 auf. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23767 auf. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der Dringlichkeitsantrag ist bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER abgelehnt.

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/23751. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Fünf Minuten Abstimmungszeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.32 bis 18.37 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Automobilland Bayern in die Zukunft führen", Drucksache 17/23763 bekannt: Mit Ja haben 77 und mit Nein 58 gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Kohlen und anderer und Fraktion (SPD), "Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden!", auf Drucksache 17/23751 bekannt. Mit Ja

haben 42, mit Nein 66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.09.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden! (Drucksache 17/23751)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin				Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald	X		
Bauer Volker				Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			X
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim			X
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Brunner Helmut		X		Herrmann Joachim			
				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes			
Deckwerth Ilona	X			Hözl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin			
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina							
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander							
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Fröschl Markus				Kaniber Michaela			
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	42	66	9